

Bekanntmachung

Änderung der Satzung der AOK Bayern - Die Gesundheitskasse

Die Regierung von Oberbayern - Oberversicherungsamt Südbayern - hat mit Bescheid vom 19. Dezember 2024, AZ.: 6323.12.2_01-1-4, die vom Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2024 beschlossenen Satzungsänderungen genehmigt. Geändert wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2025 §20a (Kassenindividueller Zusatzbeitrag) sowie § 4 (Aufbringung der Mittel) in Anlage 2 der Satzung – Ausgleichskassen.

Ebenfalls wurden mit Bescheid vom 19. Dezember 2025, AZ6311.12.2_01-1-2, die mit Wirkung vom 1. Januar 2025 geänderten Regelungen in der Anlage 1 der Satzung (Entschädigungsregelung für die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane der AOK Bayern) genehmigt.

Die geänderte Regelung der Satzung lautet ab 1. Januar 2025 wie folgt:

§ 20 a Kassenindividueller Zusatzbeitrag

Der Zusatzbeitragssatz der AOK Bayern gemäß § 242 SGB V beträgt im Jahr **2025 2,69** Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds.

Die geänderten Regelungen der Anlage 2 der Satzung lauten ab 1. Januar 2025 wie folgt:

§ 4 Aufbringung der Mittel

- (2) Die Umlage zum Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 AAG (U 1) beträgt **2,6** v.H. der Bemessungsgrundlage nach § 7 Abs. 2 AAG. Hat der Arbeitgeber die erhöhte Erstattung nach § 3 Abs. 2 AAG (Alternative 2) gewählt, so beträgt die Umlage **3,8** v.H. der Bemessungsgrundlage nach § 7 Abs. 2 AAG, hat der Arbeitgeber die abgesenkte Erstattung nach § 3 Abs. 2 gewählt, so beträgt die Umlage **2,2** v.H. in der Alternative 1 und **1,7** v.H. in der Alternative 3 der Bemessungsgrundlage nach § 7 Abs. 2 AAG.
- (3) Die Umlage zum Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AAG (U 2) wird auf **0,42** v.H. der Bemessungsgrundlage nach § 7 Abs. 2 AAG festgesetzt.

Die geänderten Regelungen der Anlage 1 der Satzung lauten ab 1. Januar 2025 wie folgt:

§ 3 Pauschbetrag für Zeitaufwand

- (1) Die Mitglieder des Verwaltungsrates oder ihre Stellvertreter erhalten für jeden Kalendertag einer Sitzung einen Pauschbetrag für Zeitaufwand in Höhe von **90** Euro. Virtuelle oder hybride Sitzungsformate sind als Sitzung im Sinne des Satzes 1 zu bewerten. Der Pauschbetrag ist ferner zu zahlen, wenn im Einzelfall eine außergewöhnliche Inanspruchnahme des in Vollzug der satzungsmäßigen Aufgaben

tätig gewordenen Organmitglieds vorliegt (§ 41 Abs. 3 SGB IV). Der Pauschbetrag wird pro Kalendertag nur einmal gewährt, auch wenn mehrere Sitzungen an diesem Tag stattfinden. Dies gilt auch, wenn am gleichen Tag je eine Sitzung des Verwaltungsrates der AOK Bayern und der Pflegekasse bei der AOK Bayern stattfinden.

- (2) Bei Ausschusssitzungen erhalten die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse für jeden Kalendertag einer Sitzung einen Pauschbetrag von **180** Euro. Absatz 1 Satz 4 gilt entsprechend. Dies gilt auch für die Widerspruchsausschüsse.

§ 5

Entschädigung des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen

- (2) Der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates erhalten für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen des Verwaltungsrates oder seiner Ausschüsse einen Pauschbetrag für Zeitaufwand von je **720** Euro monatlich (§ 41 Abs. 3 Satz 2 SGB IV).

§ 6

Entschädigung für Mitglieder der Beiräte

- (2) Die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Beiräte erhalten für ihre Tätigkeit außerhalb von Sitzungen einen monatlichen Pauschbetrag für bare Auslagen von je 37 Euro und für Zeitaufwand von je **180** Euro.